

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

20. Dezember 2019

Wochenbericht KW 51

forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 28,5 % und 27 %, SPD bei 15 % bzw. 12 % Grüne zwischen 22 % und 20 %, AfD zwischen 15 % und 13 %
Wirtschaftserwartungen:	Mehrheit erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Sicherung der Altersversorgung
Thema Bundesregierung:	Umwelt-/Klimapolitik
Wichtigstes Thema:	Klimawandel, Klimapaket der Bundesregierung
Anlage:	Jahresübersicht "Themen-Monitor"

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach ² für FAZ	
CDU/CSU	28 (-)	27 (-1)	28,5 (-1,0)	
SPD	12 (+1)	15 (-1)	15,0 (+1,0)	
FDP	8 (-1)	9 (-)	7,0 (-0,5)	
DIE LINKE	9 (+1)	9 (-)	8,5 (+0,5)	
B'90/Grüne	22 (-)	20 (-)	21,0 (-0,5)	
AfD	13 (-1)	14 (+1)	15,0 (+0,5)	
Sonstige	8 (-)	6 (+1)	5,0 (-)	
Erhebungszeitraum	0913.12.	1218.12.	0111.12.	

Die Union liegt bei forsa 16 (-1), bei IfD Allensbach 13,5 (-2) und bei Emnid 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Kramp-Karrenbauer	15 (-2)	
Scholz	29 (-)	
Kramp-Karrenbauer	16 (-2)	
Habeck	32 (-)	
Erhebungszeitraum	0913.12.	

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 14 (+2) Prozentpunkten Abstand deutlich hinter Olaf Scholz und mit 16 (+2) Prozentpunkten deutlich hinter Robert Habeck.

35 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 24 % (+4) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 59 % (+1) für Scholz und 11 % (+4) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 43 % (+3) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 14 % (-3) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 64 % (-) Habeck und 7 % (-2) Kramp-Karrenbauer.

2

 $^{^{\}rm 1}$ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (22.12.2019)

² im Vergleich zur KW 47

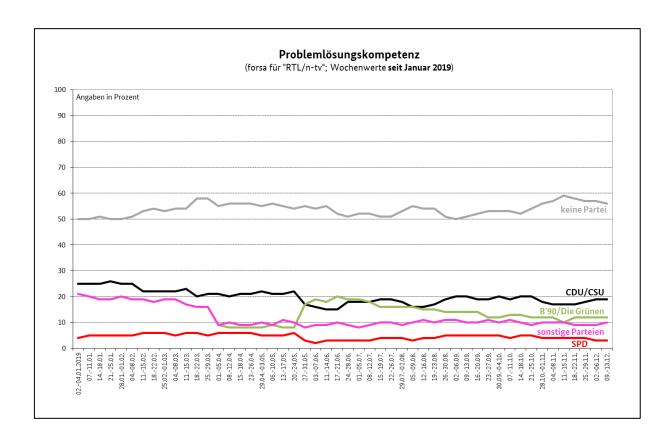
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19 (-)	
SPD	3 (-)	
Grüne	12 (-)	
sonstige Parteien	10 (+1)	
keine Partei	56 (-1)	
Erhebungszeitraum	0913.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (-) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 56 % (-1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

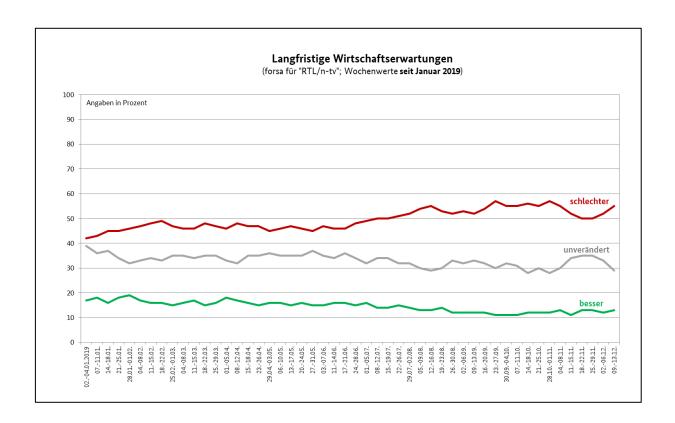


Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	13 (+1)	
schlechter	55 (+3)	
unverändert	29 (-4)	
Erhebungszeitraum	0913.12.	

Lediglich 13 % der Bundesbürger rechnen damit, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern werden. Erheblich mehr (55 %) rechnen mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage.



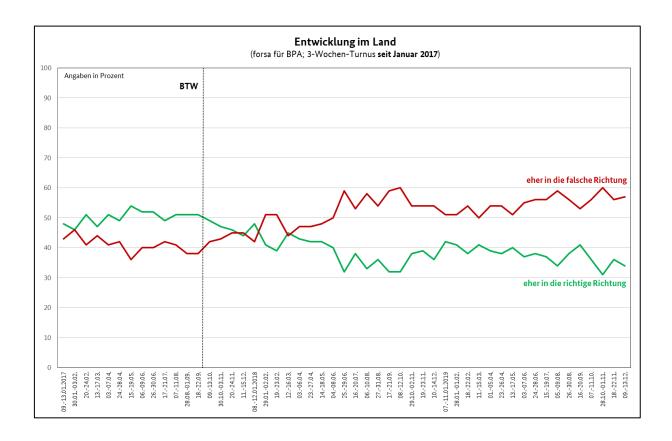
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 48

Die Dinge entwickeln sich	forsa für BPA	
eher in die	34 (-2)	
richtige Richtung	31 (2)	
eher in die	57 (+1)	
falsche Richtung	37 (+1)	
Erhebungszeitraum	0913.12.	

Anhänger der SPD (54 %), der Union und der Grünen (jew. 44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Westdeutsche sind eher dieser Meinung als Ostdeutsche (36 % zu 27 %) und Personen mit hoher formaler Bildung eher als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (39 % zu 27 %).

Für Anhänger der AfD (95 %) und der Linkspartei (70 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 48

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	86 (-1)	13 (+1)
Lage am Arbeitsmarkt	68 (-1)	25 (-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	46 (-7)	53 (+7)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	41 (-)	50 (-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	36 (-)	59 (-)
Umwelt- und Klimaschutz	34 (-2)	65 (+2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34 (-2)	65 (+3)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	32 (-1)	64 (+2)
Schul- und Bildungssystem	32 (-5)	64 (+3)
Sicherung der Altersversorgung	25 (-4)	72 (+3)
Versorgung von Pflegebedürftigen	22 (-3)	74 (+3)
Erhebungszeitraum	092	13.12.

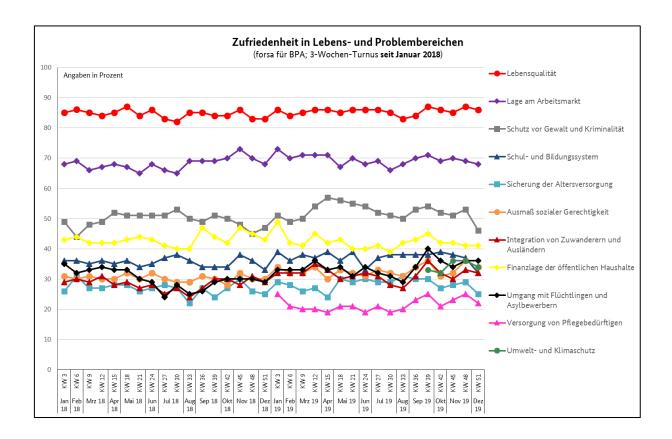
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In neun von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität ist im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich gesunken (-7 Prozentpunkte). Anhänger der AfD (86 %) sind besonders oft unzufrieden. Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (63 % zu 51 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (61 % zu 43 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (67 % zu 42 %) und Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Gutverdiener (60 % zu 46 %). Hingegen sind Anhänger der Grünen (63 %) überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Anhänger der Linkspartei (84 %) sind besonders häufig unzufrieden mit <u>dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit</u>. Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (76 % zu 63 %), Frauen häufiger als Männer (70 % zu 59 %), Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung (74 % zu 64 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (80 % zu 61 %).

Anhänger der Grünen und der Linkspartei (jew. 79 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz.

Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (79 %) sowie Anhänger der Linkspartei und der AfD (jew. 83 %) sind besonders häufig unzufrieden mit der <u>Sicherung der Altersversorgung</u>, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (80 % zu 59 %).



Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

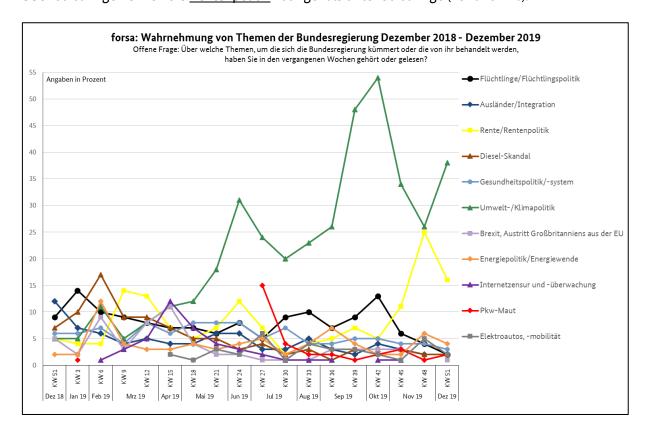
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 48

	forsa für BPA	
Umwelt-/Klimapolitik	38	(+12)
Rente/Rentenpolitik	16	(-9)
Energiepolitik/Energiewende	4	(-2)
- Erhebungszeitraum	0913.	.12.

Die Umwelt- bzw. Klimapolitik und die Rentenpolitik sind weiterhin die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Im Vergleich zur letzten Erhebung hat die Umwelt- bzw. Klimapolitik deutlich an Bedeutung gewonnen (+12 Prozentpunkte), während die Rentenpolitik an Relevanz verloren hat (-9 Prozentpunkte).

Die <u>Umwelt- bzw. Klimapolitik</u> wird besonders häufig von Anhängern der FDP (54 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (45 % zu 30 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (47 % zu 19 %).

Über 60-Jährige nennen die <u>Rentenpolitik</u> häufiger als unter 30-Jährige (23 % zu 7 %).



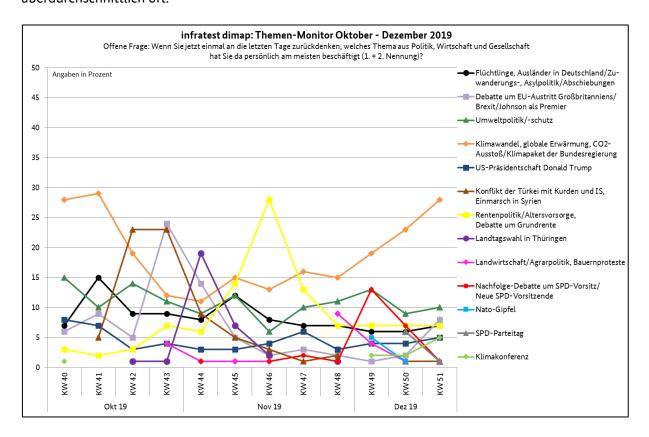
Wichtigste Themen

Anga	hen	in	Pro	zent
/ \III & u	UCII		1 10	20110

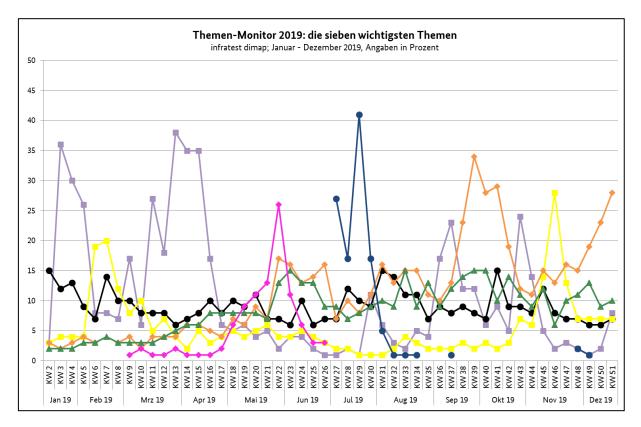
	infrat dim für B	ар
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß/ Klimapaket der Bundesregierung	28	(+5)
Umweltpolitik/-schutz	10	(+1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	8	(+6)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	7	(+1)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	7	(-)
Klimakonferenz	5	(+3)
US-Präsidentschaft Donald Trump	5	(+1)
Erhebungszeitraum	raum 1718.12.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am häufigsten mit dem Klimawandel bzw. dem Klimapaket der Bundesregierung. In den letzten Wochen hat das Thema wieder zunehmend an Bedeutung gewonnen. Anhänger der Grünen (41 %) nennen es besonders häufig und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (29 % zu 16 %).

Anhänger der Grünen (17 %) beschäftigen sich auch mit der Umweltpolitik bzw. dem Umweltschutz überdurchschnittlich oft.



Die wichtigsten Themen 2019: Jahresübersicht



- --- Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier
- Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen
- --- Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente
- → Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß, Klimapaket der Bundesregierung
- → Umweltpolitik/ -schutz
- --- Europawahl
- --- EU-Postenvergabe, von der Leyen als Kommissionspräsidentin

Die Grafik zeigt die wichtigsten Themen, die die Bundesbürger im Jahr 2019 besonders beschäftigt haben.

Das Thema "EU-Postenvergabe, von der Leyen als Kommissionspräsidentin" erreichte mit 41 % den höchsten Wert des Jahres, gefolgt von "Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier" mit 38 % bzw. 36 % und "Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß, Klimapaket der Bundesregierung" mit 34 %.

Weitere Themen, die vorübergehend größere Aufmerksamkeit erlangten, aber nicht in der Grafik abgebildet wurden, sind "Terroranschläge in Sri Lanka", "Regierungskrise in Österreich", "Rücktritt Andrea Nahles vom SPD-Vorsitz, Nachfolge-Debatte, neue SPD-Vorsitzende", "Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen" und "Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien".